

"FRAUEN FÜR EUROPA"

FRAKTION DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI EUROPAS





INHALT

VORWORT 4-5

EUROPA DER FRAUEN

- Die Macht wird geteilt Anna KARAMANOU 6
- Chancengleichheit bei der Arbeit Marie H el ene GILLIG 7
- Gleiche Preise f ur gleichen Service! Christa PRETS 8
- Gender Mainstreaming und Gender Budgeting Fiorella GHILARDOTTI 9
- Gleichheit in der Europäischen Verfassung Elena PACIOTTI 10
- Daphne-Hilfe bei Gewalt gegen Frauen Lissy GROENER 11
- Sexuelle Selbstbestimmung Anne VAN LANCKER 12
- Eine Europäische Strategie gegen Brustkrebs Karin JOENS 13
- Zu viele verletzbare Frauen Elena VALENCIANO MARTINEZ 14
- Frieden und Entwicklung Olga ZRIHEN 15
- Die unsichtbaren Landfrauen Mar a RODRIGUEZ RAMOS 16
- Und nach dem Beitritt? Joke SWIEBEL & Zita GURMAI 17

LISTE DER BERICHTE DES AUSSCHUSSES F UR DIE RECHTE DER FRAU UND CHANCENGLEICHHEIT 1999-2004 18-19

LISTE DER FRAKTIONSMITGLIEDER DER SPE, ORDENTLICHE UND STELLVERTRETENDE MITGLIEDER DES AUSSCHUSSES F UR DIE RECHTE DER FRAU UND CHANCENGLEICHHEIT 20

PROZENTSATZ DER FRAUEN, DIE IN DIE NATIONALEN PARLAMENTE DER 25 MITGLIEDSSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT GEWÄHLT WURDEN 21

HILFREICHE WEB-SEITEN 22





DIE PARLAMETARIERINNEN DER FRAKTION DER SPE



1999 - 2004



VORWORT



Ja, es gibt Fortschritt für Frauen in der Europäischen Union und das Europäische Parlament mit dem Ausschuss für die Rechte der Frauen und Chancengleichheit bleiben der Motor hierfür.

Wir Sozialdemokratinnen sind Impulsspenderrinnen und haben konsequent die Beschlüsse der Weltfrauenkonferenz von Peking

1995 mit Leben gefüllt ⁽¹⁾.

Diese Broschüre gibt einen Einblick in die vielfältigen Initiativen und Gesetzestexte, die wir Sozialdemokratinnen maßgeblich gestaltet haben und zu denen wir durchgängig die Mehrheiten für unsere Vorschläge organisierten. Das innovative Prinzip des Gender Mainstreaming fand Einzug in alle Politikbereiche und die Frauenförderung wurde weiterentwickelt. Die rund 39% weiblichen Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion im EP haben die gläserne Decke durchbrochen, die politische Agenda verändert und der Europäischen Politik einen umfassenden Politikansatz hinzugefügt.

Die Geschlechterdemokratie mit paritätischer Teilhabe an Macht, Entscheidung und Aufgabenverteilung bleibt immer unser Ziel. Wir arbeiten weiter an humanen Arbeits- und Lebensbedingungen, die Erwerbsarbeit und Familie für Frauen und Männer vereinbaren lassen. Wir wollen die Zukunftschancen der Frauen in allen Gesellschaftsbereichen verbessern und Männer in allen Entscheidungspositionen paritätisch beteiligen.



Wir wollen eine europäische Gesellschaft in allen 25 Mitgliedsländern, die Umwelt und Lebensgrundlagen schützt, solidarisch den Schwächeren Beistand gewährt und ihrer Verantwortung in der Welt gerecht wird.

Europäische Sozialdemokratinnen ordnen sich keinen patriarchalischen Strukturen unter und haben eigene Antworten auf die Anforderung der Globalisierung.

Wir sind überzeugt, dass es uns gelingt, in der Europäischen Union den Frieden zu sichern und eine Vision für das 21. Jahrhundert zu entwickeln.

LISSY GROENER,
Kordinatorin der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas

DIE MACHT WIRD GETEILT!



“ Die Welt würde gewiss besser funktionieren, wenn Frauen mehr in das politische Leben und in die Entscheidungsprozesse eingebunden wären. Ganz offensichtlich sind sie in den Machtinstanzen unterrepräsentiert.



Anna KARAMANOU

Dieses Defizit stellt unmittelbar die Legitimation dieser Instanzen selbst in Frage, die von einer Minderheit monopolisiert werden. Diese Unausgewogenheit verkehrt den demokratischen Grundsatz, dass die Interessen und die Fähigkeiten aller respektiert werden müssen. Fehlen Frauen ganz oder sind sie nur mangelhaft an Entscheidungsprozessen beteiligt, so bedeutet das für unsere Gesellschaften: differenziertere Sichtweisen haben keine Chance, menschliche Ressourcen liegen brach. Die andere Hälfte des Himmels“ wie ein bekanntes chinesische Sprichwort sagt, verfügt aber über mehr Sensibilität, wenn es um die für die Gestaltung unserer Welt so wichtigen Werte geht, wie einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und Solidarität, Dialogfähigkeit, ethisches Politikverständnis oder die Fähigkeit, Prioritäten zu setzen.

Im Juni finden Neuwahlen zum Europäischen Parlament statt. Dann steht das Gleichheitsproblem erneut im Brennpunkt: wie viele Kandidatinnen wird es geben, wie viele Frauen werden gewählt? Zwei Schlüsselfragen für alle: für Frauen ebenso wie für Männer. ”

Anna KARAMANOU
Siehe hierzu den Bericht
Karamanou A5-0373/2000

CHANCENGLEICHHEIT BEI DER ARBEIT



Marie-Hélène GILLIG

“ Wer Beschäftigung sagt, denkt an finanzielle Unabhängigkeit und soziale Eingliederung. Das gilt für Männer wie für Frauen. Dennoch haben sie nicht die gleichen Möglichkeiten. Leider gilt immer noch, dass Frauen oft ausgegrenzt werden, auch in der Europäischen Union.

Im europäischen Mittel verdienten Frauen für gleiche Arbeit im Jahr 2000 bis zu 16% weniger, in Deutschland sogar über 20%. Im Jahr 2002 waren 8,7% Frauen im Vergleich zu 6,9% der Männer arbeitslos. Frauen bleiben zu oft in stereotyper Arbeit verhaftet. Die ungleiche Ausbildung und Erziehung grenzen sie ebenfalls aus. Sie sind weniger zahlreich in Forschungsberufen vertreten, und die "digitale Kluft" betrifft in erster Linie Frauen: weniger als 20% der Studierenden, die sich auf die Informations- und Kommunikationstechnologien spezialisieren, sind weiblich.

Die europäische Gesetzgebung aus dem Jahre 1976 zur Gleichstellung von Frauen in den Bereichen Beschäftigung und Arbeitsbedingungen wurde vor kurzem zwar verstärkt. Die sozialdemokratischen Europaabgeordneten wollen aber mehr für Frauen: hochwertige Arbeitsplätze, ständige berufliche Fortbildung, weniger Unsicherheit im Beschäftigungsbereich, die Möglichkeit sich mit den neuen Technologien vertraut zu machen, eine Diversifizierung der Berufswahl. Hinzukommen muss der Ausbau ergänzender Dienstleistungen, wie Kinderbetreuung, die Pflege abhängiger Personen, um die Chancen für Frauen in Beruf und Arbeitswelt zu verbessern.

”

GLEICHE PREISE FÜR GLEICHEN SERVICE

“ Artikel 13 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft verleiht der Europäischen Gemeinschaft die Befugnis, Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts zu verbieten. Bereits neun EU-Rahmengesetze gründen auf diesen Artikel. Aufgrund dieser Rechtsbasis wird der Frauenausschuss des



Christa PRETS

Europäischen Parlaments den diskriminierungsfreien Zugang von Frauen zu allen öffentlichen Dienstleistungen und Gütern fordern. Während Frauen unter anderem das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit mit der Richtlinie 1975/117/EWG einfordern können, fehlt bis dato für den Bereich, der über die Beschäftigung hinaus geht, jede rechtliche Grundlage. Wir Frauen werden außerhalb des Arbeitsplatzes diskriminiert, ohne dass wir uns der finanziellen und langfristigen gesellschaftlichen Auswirkungen bewusst sind.

Mehrheitlich zahlen Frauen bei privaten Krankenversicherungen mehr ein als Männer, bei betrieblichen Pensionsversicherungen bekommen sie dafür weniger ausbezahlt. Grund ist das biologische Geschlecht. So gelten Schwangerschaft und längere Lebenserwartung der Frauen seit jeher als versicherungstechnische Faktoren, die sich negativ für Frauen auswirken. Wir fordern, dass das Geschlecht weder als Kriterium zur Vereinfachung der Kalkulationen dient, noch als Rechtfertigung für unterschiedliche Prämienhöhen. Der Wirtschaftssektor soll Transparenz zeigen, um versteckte Kalkulationsmechanismen aufzudecken, Mechanismen - die oft zu Gunsten des Marktes und auf Kosten der Frau gehen.

Spezifische und koordinierte Maßnahmen der gesamten Europäischen Union sind notwendig, um im Bereich des Finanzdienstleistungssektors Gleichbehandlung zu erzielen. Es ist dies ein weiterer Schritt in Richtung Gleichstellung. Gleicher Preis für gleiche Leistung soll in Zukunft für alle Dienstleistungssektoren gelten, nicht nur den Finanzdienstleistungssektor, dem Liebling der Wirtschaft, wo Gleichstellungsprinzipien sehr gerne an letzter Stelle rangieren.

”

Christa PRETS
Siehe hierzu den Bericht
Prets A5-0155/2004

GENDER MAINSTREAMING UND GENDER BUDGETING



Fiorella GHILARDOTTI

“ Die beiden Konzepte des „Gender Mainstreaming“ und des „Gender Budgeting“, die in den 90er Jahren gleichzeitig mit der „Gleichstellung von Mann und Frau“ entstanden, entwickelten sich zu maßgeblichen Instrumenten für den Abbau

der sozio-ökonomischen Ungleichheiten zwischen beiden Geschlechtern. Zwischen Männern und Frauen bestehen grundsätzliche Unterschiede und Entscheidungen sind nie neutral. Sie wirken sich unterschiedlich auf beide aus. „Gender Mainstreaming“ bedeutet die Berücksichtigung der Chancengleichheit und der Interessen der Frau in allen politischen und gesellschaftsorientierten Entscheidungen. Das „Gender Budgeting“ hingegen setzt die Einbeziehung der „Gleichstellung von Mann und Frau“ in jeder Budgetplanung voraus, da jede Haushaltsentscheidung - ob auf nationaler oder europäischer Ebene - unterschiedliche Auswirkung auf das tägliche Leben von Mann und Frau hat.

Wir sozialdemokratische Parlamentarierinnen sind davon überzeugt, dass diese beiden Verfahren sich derzeit am besten eignen, den Aufbau einer demokratischeren, transparenteren Gesellschaft zu fördern. Die öffentliche Hand muss doppelt Rechenschaft ablegen und die Haushaltsausgaben nach den Bedürfnissen von Männern und Frauen getrennt ausrichten.

”

Siehe hierzu den Bericht
Groener A5-0060/2003
und den Bericht Ghilardotti A5-0214/2003

GLEICHHEIT IN DER EUROPÄISCHEN VERFASSUNG



“ Das Jahr 2003 war durch die Verabschiedung eines Verfassungsentwurfs gekennzeichnet, der vom „Konvent für die Zukunft Europas“ nach transparenten und demokratischen Grundsätzen erarbeitet wurde. Wir sozialdemokratische Parlamentarierinnen haben uns stark gemacht für eine klare und umfassende Bezugnahme auf die Gleichstellung von Mann und Frau im Gemeinschaftsrecht.

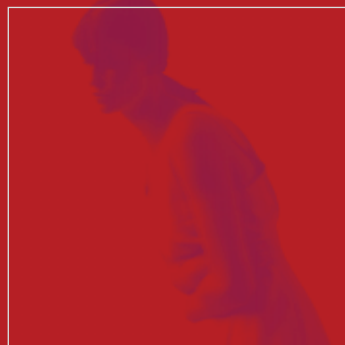


Elena PACIOTTI

Dank unserer Intervention ist die Charta der Grundrechte zum integralen Bestandteil der zukünftigen Europäischen Verfassung geworden. Und das sind keine Worthülsen. Gleichheit, Parität und Gender Mainstreaming sind in der Charta weitergehend verankert als in den derzeitigen Verträgen. Es handelt sich dabei nicht nur um abstrakte Begriffe. Sie werden in der Praxis juristisch verbindlich und auf „alle Politikbereiche“ ausgedehnt. Im Verfassungsentwurf zählen sie jetzt zu den „Grundwerten“ der Europäischen Union. Sie zu fördern wird zukünftig vorrangig sein und dies nötigenfalls durch Sanktionen belegt.

Trotzdem müssen wir diese positive Entwicklung kritisch beobachten. Der Europäische Ministerrat wird auch in Zukunft, selbst auf die Gefahr einer Blockade hin, Antidiskriminierungsmaßnahmen einstimmig beschließen. Wenn nicht der „doppelte Mehrheitsbeschluss“ der Länder- und Bevölkerungsmehrheit zugrunde gelegt wird, bleibt dies eine der bedenklichsten Schwächen des derzeitigen Verfassungsentwurfes . ”

DAPHNE-HILFE BEI GEWALT GEGEN FRAUEN



Lissy GROENER

“ In der EU ist eine von fünf Frauen mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt durch ihren männlichen Partner gewesen. In 25% aller gemeldeten Gewaltverbrechen greift ein Mann seine Frau oder Partnerin tödlich an.

Um dieses Problem auf europäischer Ebene zu bekämpfen, wurde 1997, nach dem Weltkongress zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern, DAPHNE ins Leben gerufen. Die Initiative zielte darauf ab, die Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen zu finanzieren und zu unterstützen. Das Programm Daphne gilt in 25 Ländern Europas als wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Gewalt. Das Budget ermöglichte die Finanzierung von rund 200 Projekten. Dies entspricht allerdings nur 13% der eingereichten realisierungswürdigen Vorschläge. Im Hinblick auf die Erweiterung um 10 Mitgliedstaaten und die Gewaltprobleme dort sollen 50 Millionen Euro für die Jahre 2004-2008 zur Verfügung gestellt werden, ein Helpdesk zur schnellen unbürokratischen Hilfe eingerichtet werden um Nicht-Regierungs-Organisationen und Netzwerke im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder zu unterstützen. Für 2006 fordern wir ein Europäisches Jahr gegen Gewalt mit einer breiten öffentlichen Kampagne durchzuführen.”



Siehe hierzu den Bericht
Groener A5-0280/2003

SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG

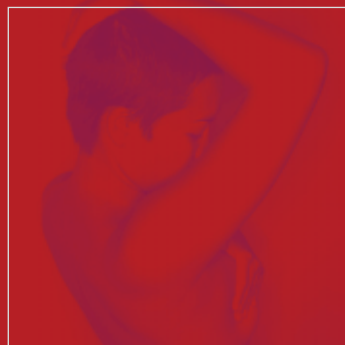
“ Die Europäerinnen haben ein uneingeschränktes Recht auf Sexualität und Fortpflanzung und auf Empfängnisverhütungsmittel. Im Idealfall sollten informierte Frauen darüber bestimmen können, ob und wann sie ein Kind wollen oder ob sie die Schwangerschaft abbrechen. Wenn auch mit Einschränkungen gelten in den meisten Ländern der Europäischen Union entsprechende Gesetze. Doch gibt es immer noch Mitgliedsstaaten, in denen der Schwangerschaftsabbruch verboten ist oder Diskriminierung auftaucht, wo beispielsweise die Kosten für die Pille ein Drittel des Monatslohns auffressen. Diese Situation führt, je nach Einkommen und Ursprungsland, zu großen Ungleichheiten zwischen den Frauen Europas. Das muss sich gründlich ändern. Wir respektieren diese speziellen Rechts- und Gesundheitsfragen im Zuständigkeitsbereich der nationalen Ebenen. Wir, die sozialdemokratischen Europaabgeordneten, haben die Möglichkeit und sehen unsere Aufgabe darin, Informationskampagnen zu initiieren, den Erfahrungsaustausch zu verstärken und fordern sexuelle Selbstbestimmung für alle europäischen Frauen. ”



Anne VAN LANCKER

Siehe hierzu den Bericht
Van Lancker A5-0223/2002

EINE EUROPÄISCHE STRATEGIE GEGEN BRUSTKREBS



Karin JOENS

“ Die Zahlen sprechen für sich. In der Europäischen Union treten jedes Jahr 216.000 Fälle von Brustkrebs auf. 79.000 der betroffenen Frauen sterben. Hätten alle Frauen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, könnten 25.000 Leben gerettet werden. 90%

der Erkrankten hätten bessere Heilungschancen, wenn ihr Krebs im Frühstadium erkannt und behandelt würde. Tatsache ist aber leider, dass nur acht von fünfzehn Mitgliedstaaten Frauen im Alter von 50 und 69 Jahren im Rahmen eines nationalen Programms mindestens einmal alle zwei Jahre zu einer kostenlosen Mammographie einladen.

Auf Initiative der sozialdemokratischen Parlamentarierinnen hat das Europäische Parlament deshalb am 5. Juni 2003 mit breiter Mehrheit eine Entschließung zur Bekämpfung von Brustkrebs in der EU angenommen. Das Europäische Parlament fordert die Mitgliedstaaten auf, bis 2008 die folgenden Ziele zu erreichen: bis 2008 Schaffung der erforderlichen Bedingungen zur Senkung der Sterblichkeitsrate infolge von Brustkrebs um 25%, Durchführung von nationalen Screeningprogrammen und anderen Vorsorgeuntersuchungen sowie die flächendeckende Einrichtung von zertifizierten und interdisziplinären Brustzentren.

Im Jahr 2006 wird das Parlament eine Bewertung der erreichten Fortschritte vornehmen, in diesem Kampf, der uns alle angeht. ”

Siehe hierzu den Bericht
Joens A5-0159/2003

ZU VIELE VERWUNDBARE FRAUEN

“ In allen Erdteilen zahlen die Frauen weiterhin den Preis für Ungleichheit, Diskriminierung und Gewalt. Gewalt in der Ehe hier, Gewalt der patriarchalischen Bräuche anderswo. Die Liste ist lang. Mitten in Europa, erfahren Millionen von Frauen fortgesetzt Aggressionen, sind Opfer der Armut und erleiden Unterdrückung. Zahlreiche Frauen werden von eben den Männern ermordet, die ihnen zuvor ihre Liebe erklärt haben. Es ist die Pflicht der sozialdemokratischen Parlamentarierinnen, diese schreckliche Realität z. B. von Ehrenmorden oder Genitalverstümmelung aufzudecken.

Fehlende Alternativen, Armut, Analphabetentum und schlechter Gesundheitszustand treffen Frauen vor allem in den Entwicklungsländern.

Patriarchalische Kultur, Sitten und Traditionen, sind Ursachen für ihre untergeordnete Stellung sowohl in der Familie als auch in der Gesellschaft.

An vielen Orten dieser Welt werden die Fortschritte, die von den Frauen in Europa erreicht wurden, aufmerksam verfolgt. Zögern wir also nicht, diese Errungenschaften auszubauen, sie weiterzutragen und über unsere Grenzen hinaus zu verbreiten.

”



María Elena VALENCIANO
MARTINEZ-OROZCO

Siehe hierzu die Berichte
Valenciano A5-0285/2001
und A5-0102/2004

FRIEDEN UND ENTWICKLUNG



Olga ZRIHEN

“ Die Suche nach einer größeren Gleichheit zwischen Männern und Frauen und darf nicht allein auf die Grenzen Europas beschränken. Dafür zu sorgen, dass überall in der Welt anerkannt wird, dass Frauen frei und mit den gleichen

Rechten geboren werden, ist unsere Pflicht als Frauen und europäische Parlamentarierinnen.

Auf internationaler Ebene ist die UNO hierbei mit ihren Initiativen und Konferenzen wegweisend geworden. Bei der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde die Aktionsplattform von 180 Nationen beschlossen. Im Jahr 2000, beim Milleniumgipfel in New York wurde die Abschaffung aller Formen von Diskriminierung gegenüber Frauen eindeutig bekräftigt. Dennoch brauchen wir mehr Taten, Lösungen, konkrete Fortschritte, damit die Hindernisse in den Entwicklungsländern auf dem Weg zur Autonomie und zu den Rechten der Frau überwunden werden, egal ob es sich um Armut, Analphabetismus, religiöse Zwänge oder patriarchalische Unterdrückung handelt.

Genau darum bemühen wir sozialdemokratische Parlamentarierinnen uns in zahlreichen Kooperationsunternehmungen, die vor Ort realisiert werden. Kein Bereich wird vernachlässigt. Denn Emanzipation, Parität und die Anerkennung der Rechte der Frau gewinnen auf allen Ebenen und allen Breitengraden und sind Teil der universellen Menschenrechte. ”

Siehe hierzu den Bericht
Zrihen A5-0447/2003

DIE UNSICHTBAREN LANDFRAUEN

“ Sie sind die großen Stiefkinder, die Frauen in der Landwirtschaft - wo sie die Mehrheit der lokalen Bevölkerung ausmachen. Sie arbeiten, ohne dass man es wirklich wahrnimmt: die Frauen scheinen mit der



María RODRÍGUEZ RAMOS

Landwirtschaft verschmolzen zu sein. Mehr als ein Drittel der Arbeit, die in Familienbetrieben erfolgt, verrichten Frauen, aber das wird oft ignoriert oder ist „unsichtbar“.

Den Frauen in der Landwirtschaft ist es zu verdanken, dass die Betriebe sich mehr diversifizieren und die Erträge steigern können. Wenn man immer mehr Qualitätserzeugnisse auf unseren Märkten findet, wenn der Tourismus in ländliche Gebiete einen Boom erlebt, wenn soziokulturelle Aktivitäten einen Aufschwung erfahren, dann geschieht es mit dem Wettbewerbsvorsprung der Landfrauen.

In Deutschland öffneten die Sozialdemokratinnen den Landfrauen den Weg in die sozialen Sicherheitssysteme zu bezahlbaren Preisen - das muss in vielen Ländern Europas noch folgen.

Chancengleichheit, die den sozialdemokratischen Parlamentarierinnen besonders am Herzen liegt, kann und muss mit der ländlichen Entwicklung verbunden werden. Auf diese Weise kann Europa voll und ganz Nutzen aus dem breiten Potenzial seiner Landwirtschaft ziehen. ”

UND NACH DEM BEITRITT ?



“ Am 1. Mai 2004 treten zehn neue Länder der Europäischen Union bei. Zurecht erwartet die weibliche Bevölkerung von diesem Beitritt konkrete Fortschritte. Allerdings müssen diese Länder hierzu die Mittel bereitstellen.

Der gemeinsame Rechtsrahmen der EU, gerade bei der Gleichstellung, muss mit gezielten, überprüfbaren Maßnahmen in nationales Recht umgesetzt werden.

Zunächst ist die bestehende Ungleichheit zu analysieren und die neuen Länder müssen zum Handel aufgerufen werden. Frauen müssen zu ihrer materiellen Autonomie gelangen. Für junge Marktwirtschaften der neuen Länder sind Frauen eine immer sichtbarere Ressource.

Frauen sollten sich nicht vom Himmel ein besseres Schicksal erwarten: sie sollten es innerhalb der Europäischen Union suchen und finden! Allerdings müssen sie sich zusammenschließen, sich politisch engagieren und die im Old-Boys-Network vieler gesellschaftlicher Instanzen den gebührenden Platz zu erstreiten.

Laden wir die Mitgliedsparteien der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ein, mit gutem Beispiel voran zu gehen! Sozialdemokratinnen sind für ihren Kampf für sozialen Wohlstand und Menschenrechte bekannt. Unser Engagement im Kampf um die Rechte der Frauen reicht 140 Jahre zurück.

”



Joke SWIEBEL



Zita GURMAI

LISTE DER BERICHTE DES AUSSCHUSSES FÜR DIE RECHTE DER FRAU UND CHANCENGLEICHHEIT - 1999-2004 ^[1]

- Daphne II programme 2004-2008: combating violence against children, young people and women
- The impact of the sex industry in the EU
- The situation of women from minority groups in the EU
- Reconciling professional, family and private life
- Women in South-eastern Europe
- Development cooperation: promoting gender equality
- Equality of men and women : grants to organisations active at European level, 2004-2005 action programme
- Equal treatment for men and women: access to goods and services and to the provision of goods and services
- Violation of women's rights and the role of the European Union (EU) in international relations
- Women in the new information society
- 2004 elections: how to ensure balanced representation of women and men
- Gender budgeting, building public budgets from a gender perspective
- Women from rural regions of the EU in the context of the Common Agricultural Policy
- Breast cancer in the EU
- Women and sport
- Gender-mainstreaming in the European Parliament
- The objectives of gender equality using the structural Funds
- Equal opportunities for women and men in the EU. 6th annual report 2001
- Representation of women among the social partners of the EU
- Mid-term revision of Daphne Programme 2000-2003



- Implementation of the gender equality programme (2001-2005)
- Health and rights concerning sexuality and reproduction
- Equal opportunities between women and men : employment, vocational training, and working conditions
- Equal opportunities for women and men in the EU. 5th annual report 2000
- Development policy : mainstreaming of gender equality in development cooperation Action programme 2001-2006
- Women and fundamentalism
- The EU's policy and the mediterranean countries regarding the promotion of women's rights and equal opportunities
- Female genital mutilation
- Equal pay for work of equal value
- Gender equality : framework strategy and work programme for 2001
- Balanced participation of women and men in the decision-making process
- Regulating domestic help in the informal sector
- Prevention and settlement of armed conflicts : gender-related aspects
- Gender equality : Community framework strategy and programme 2001-2005
- Equal opportunities for women and men in the EU. 2nd, 3rd and 4th annual reports 1997-1999
- Combating organized crime : trafficking in women, further actions following COM(96)0567
- Follow-up to the Peking action platform
- Equal opportunities: women 's participation in European scientific research
- Daphne Programme 2000-2003 : action relating to violence against children, young persons and women

Um den Internetzugang zu erleichtern, sind die Berichte in Englisch aufgelistet, so wie sie auf der WEB-Seite des Europäischen Parlaments aufgeführt sind

LISTE DER FRAKTIONSMITGLIEDER DER SPE, ORDENTLICHE UND STELLVERTRETENDE MITGLIEDER DES AUSSCHUSSES FÜR DIE RECHTE DER FRAU UND CHANCENGLEICHHEIT 1999-2004

MITGLIEDER		WEB SITE-ADRESSEN
Maria	BERGER	www.spe.at/berger
Fiorella	GHILDARDOTTI	www.dspe.net
Marie-Hélène	GILLIG	www.d-s-f.net/
Lissy	GROENER	www.lissy-groener.de
Jutta	HAUG	www.Jutta-Haug.de
Mary	HONEYBALL	www.maryhoneyball.net/
Maria	IZQUIERDO ROJO	www.ctv.es/USERS/mariaizquierdo/home.htm
Karin	JOENS	www.joens.de
Anna	KARAMANOU	www.karamanou.gr
Hans	KARLSSON	www.s-ep.org/hanskarlsson/
Eryl	McNALLY	www.erylmcnallymep.org.uk
Pasqualina	NAPOLETANO	www.dspe.net
Elena Ornella	PACIOTTI	www.dspe.net
Christa	PRETS	www.christaprets.at
Christa	RANDZIO-PLATH	www.randzio-plath.de
María	RODRIGUEZ RAMOS	www.psoe-pe.org/
Karin	SCHEELE	www.karinscheele.at
María	SORNOSA MARTINEZ	www.psoe-pe.org/
Joke	SWIEBEL	www.jokeswiebel.nl
Helena	TORRES MARQUES	www.partido-socialista.net
María Elena	VALENCIANO MARTINEZ-OROZCO	www.psoe-pe.org
Anne E.M.	VAN LANCKER	www.annevanlancker.be
Olga	ZRIHEN	www.olgazrihen.net

PROZENTSATZ DER FRAUEN, DIE IN DIE NATIONALEN PARLAMENTE DER 25 MITGLIEDSSTAATEN UND IN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT GEWÄHLT WURDEN



Land	Gesamtzahl der Abgeordneten	Anzahl von Frauen	Anteil der Frauen in Prozent
Belgien	150	53	35,3%
Dänemark	179	68	38,0%
Deutschland	603	194	32,2%
Finnland	200	75	37,5%
Frankreich	574	70	12,2%
Griechenland	300	39	13,0%
Irland	166	22	13,3%
Italien	618	71	11,5%
Luxemburg	60	10	16,7%
Niederlande	150	55	36,7%
Österreich	183	62	33,9%
Portugal	230	44	19,1%
Schweden	349	158	45,3%
Spanien	350	126	36,0%
Vereinigtes Königreich	659	118	17,9%

NEUE MITGLIEDSLÄNDER

Estland	101	19	18,8%
Lettland	100	21	21,0%
Litauen	141	15	10,6%
Malta	65	5	7,7%
Polen	460	93	20,2%
Slowakei	150	29	19,3%
Slowenien	90	11	12,2%
Tschechische Republik	200	34	17,0%
Ungarn	386	38	9,8%
Zypern	56	6	10,7%

Europäisches Parlament	626	194	31,0%
-------------------------------	------------	------------	--------------

HILFREICHE WEB-SITES



http://www.europarl.eu.int/comparl/femm/cccec/default_en.htm

NCEO - Netz von Parlamentsausschüssen für die Chancengleichheit von Mann und Frau in der Europäischen Union



<http://www.socialistgroup.org>

sozialdemokratische Gruppe - Frauenseite



http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/contact_en.html

Europäische Kommission - Einheit für Chancengleichheit



<http://www.socintwomen.org.uk>

Sozialdemokratische Internationale Frauen



<http://www.womenlobby.org>

Europäische Frauenlobby



http://www.europarl.eu.int/committees/femm_home.htm

Europäisches Parlament - Ausschuss für die Rechte der Frau



<http://www.un.org/womenwatch/>

Organisation der Vereinten Nationen



V. i. S. d. P.
Brigitte Bataille

Zuständige Geschäftsführerin für die SPE-Fraktion
des Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit

Tel (Bruxelles): (32) 2 284 3112 - (Strasbourg): (33) 388 172887
E-MAIL : bbataille@europarl.eu.int

Parliamentary Group of the Party of European Socialists
Groupe Parlementaire du Parti Socialiste Européen
Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
Grupo Parlamentario del Partido Socialista Europeo
Gruppo Parlamentare del Partito del Socialismo Europeo
Fractie van de Partij van de Europese Sociaaldemocraten
Euroopan sosialidemokraattisen puolueen parlamenttiryhmä
De Europeiska Socialdemokraternas Parlamentsgrupp
Grupo Parlamentar do Partido Socialista Europeu
De Europæiske Socialdemokraters Gruppe
Κοινοβουλευτική Ομάδα του Ευρωπαϊκού Σοσιαλιστικού Κόμματος
az Európai Szocialisták Pártjának parlamenti frakciója
Klub Parlamentarny Partii Europejskich Socjalistów
Poslanska skupina Stranke evropskih socialdemokratov
Parlamentný klub Strany európskych socialistov
Euroopa Parlamendi sotsiaaldemokraatide fraktsioon
Poslanecký klub Evropské strany sociálně demokratické
Eiropas Sociāldemokrātiskās partijas Parlamentārā grupa
Europos socialistu partijos parlamentine grupe
II-Grupp Parlamentari tal-Partit tas-Socjalisti Ewropej



EUROPÄISCHES PARLAMENT
RUE WIERTZ - B-1047 BRUXELLES

TEL.: +32 2 284 21 11

TEL.: STRASBOURG: +33 3 88 17 40 01

INTERNET: <http://www.socialistgroup.org>